

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion

Hannover, Georgstrasse 33

Telefon 20951

.....
P/IL/13

Union der schwachen Hand
.....

P.2. Die Zonen- und Ländersektionen der christlichen Demokraten haben das begriffliche Bedürfnis gehabt, ihrer gemeinsamen Firmenbezeichnung "Union", das heißt: Gemeinschaft, einen Inhalt zu geben, der besser als der bisherige diesem Wort entsprechen soll. Einigkeit sollte Memenspriert werden, um das peinlich schillernde Bild der Partei zu überdecken.

Auf zwei Tagungen sind dabei zwei Ergebnisse erzielt und zwei andere, mit denen man hätte rechnen können, nicht erzielt worden. Auf der internen CDU-Veranstaltung der britischen Zone in Ahlen hat Dr. Adenauer ein Acht-Punkte-Programm der CDU für den sozialreformistischen Aufbau der deutschen Wirtschaft verkündet. Die interzonale Tagung in Königstein am Taunus führte zu der Bildung des Vorstandes einer Arbeitsgemeinschaft von CDU, CSU und CDP. Nicht erreicht wurde die Angleichung der Zonenpolitik in den Sozial- und Wirtschaftsfragen, und nicht erreicht wurde auch die Verschmelzung der vier CDU-Sektionen, der westdeutschen, der süddeutschen, der Berliner und der im Lande Rheinland-Pfalz. Infolgedessen erscheint es auch als stark übertrieben, von einem "epochemachenden Ergebnis in der Geschichte der Bewegung" (Formulierungen mit recht fatalen Beigeschmack übrigens) zu sprechen.

Das soziale und wirtschaftliche Reformprogramm steht haargenau in der Mitte zwischen unveränderter, vorsichtig ausgedrückt konservativer Neigung und dem bitter empfundenen Zwang, dem Willen breiter Wählermassen zu einer wirklich fortschrittlichen, das heißt sozialistischen Wirtschaftspolitik Rechnung zu tragen. Im übrigen wird alles auf den Inhalt ankommen, den man dem Gefäß zu geben bereit ist. Heute mag der Hinweis genügen, dass Dr. Adenauer sich darauf beschränkt hat, dieses Programm in Ahlen bekanntzugeben, in Königstein stand es jedenfalls nicht offiziell zur Debatte.

Die organisatorische Veränderung ist vor allem aussenpolitisch begründet. Das Terrain wurde vorher zwischen Jakob Kaiser und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Arnold, sondiert. Als Hauptpunkte der Besprechung wurden die bevorstehende Moskauer Konferenz, die Forderungen der Nachbarländer auf deutsche Gebiete und die möglichen Auswirkungen dieser Forderungen auf das Leben der deutschen Bevölkerung genannt. Es sei zu hoffen, so hiess es in einer parteioffiziösen Interpretation, dass von hier aus der deutschen Aussenpolitik neue Impulse gegeben werden. Offenbar hat man den dringenden Wunsch verspürt, durch eine besondere Anstrengung zur Einigkeit den auch im Ausland bestehenden Eindruck zu beseitigen, dass die Partei von widerstrebendsten Elementen geherrscht ist, was ihr aussenpolitisches Gewicht natürlich nicht gerade erhöht. Ob dieses Ziel durch die Königsteiner Beschlüsse wirklich erreicht wurde, bleibt abzuwarten.

Für die innerpolitische Betrachtung schliesslich ist die Tatsache besonders interessant, dass es eine einheitliche deutsche Führung der ODU auch künftig nicht geben wird, sondern eben nur ein beratendes Mehr-Zonengremium. Hier scheint auf der Parteebene die Form des föderativen Prinzips durch, die der ODU und ihren Schwesterorganisationen überhaupt gemäss ist: das Primäre bleiben die Instanzen im regionalen Bereich, Einfluss und politische Willensbildung gehen von ihnen aus. Sie treten, wenn es hoch kommt, zu einer überregionalen Arbeitsgemeinschaft zusammen, deren Bedeutung vor allem repräsentativen Charakter trägt. Der umgekehrte Weg einer zentralen Leitung, die ihrerseits allerdings möglichst umfassende Befugnisse und Rechte an die Teile des Ganzen abgibt, in allen entscheidenden Fragen aber das Heft in der Hand behält, wird von ihr mit Vorbedacht vermieden. Man wird nicht unterlassen, die eigene Methode als Ausdruck des wahren föderativen Geistes zu preisen. Man wird aber nicht den Eindruck verhindern können, dass sie im Grunde nur die Folge des Fehlens tatsächlicher Einigkeit ist. (m/1/112/1/he)

Friedrich EbertDem Andenken des ersten Reichspräsidenten
von Max Peters

Vor 22 Jahren, am 28. Februar 1925, verlor die junge deutsche Republik ihren ersten Reichspräsidenten. Ebert, der am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren wurde, liebte seine süddeutsche Heimat. Dem heranwachsenden Jüngling wurde indessen die Kleinstadt zu eng. Eine ungerechte Behandlung durch seinen Meister wrie ihn vier Wochen vor Beendigung seiner Lehrzeit hinaus in die Welt. Nach echter Handwerksburschenart durchstreifte der junge Sattlergeselle ein gutes Stück deutschen Landes. Er wurde vertraut mit den sozialistischen Gedankengängen, die er wiederum überall, wo er hinkam, mit jugendlichem Feuereifer verbreitete. Das kostete ihn jedesmal seine Stellung. In Bremen war er ebenfalls infolge seiner Agitation brotlos wurde, fand er bei seinen politischen Freunden tatkräftige Unterstützung, so dass er hier trotz des Boykotts der gesamten Arbeitgeberschaft eine, wenn zunächst auch nur kümmerliche Existenz fand. Nach einigen Jahren wurde er als Arbeitersekretär angestellt und kam von hier aus in den Parteivorstand nach Berlin.

Ebert war ein Feind der Phrase. Jede Aufgabe erledigte er mit Sorgfalt und Umsicht. Er sprach nie ohne gründliche Vorbereitung, ausser in Diskussionen. "Ich will kein Schwätzer sein oder werden", pflegte er zu antworten, wenn man ihm schmeichelte, er könne einen Vortrag doch "aus dem Ärmel schütteln". In keine Sitzung, Versammlung oder Konferenz ging er ohne Vorbereitung. Dadurch gewann er eine eiserne Ruhe, Sicherheit und Überlegenheit, Fähigkeiten, die an ihm so oft bewundert wurden. Eine weise Ökonomie seiner Arbeitskraft schützte jeden Laerlauf aus. Sie befähigte ihn, außergewöhnliche Leistungen zu vollbringen, ohne jemals den Eindruck der Überlastung oder der Nervosität hervorzurufen. Das trug ihm den Ruf eines Mannes mit eisernen Nerven ein.

In den ersten Jahren seiner politischen Laufbahn widmete sich Ebert vornehmlich der Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft und bekundete den Gewerkschaften gegenüber ein besonderes Interesse. Als er als Sekretär in den Berliner Parteivorstand eintrat, begegnete ihm Bebel anfangs mit einem gewissen Misstrauen. Ebert stand ihm zu weit rechts. Es wahrte aber nicht lange, da gehörte Ebert zu den Vertrauten Bebels, der den sein gutes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen, mit Geschick und Erfolg erledigte. Auch die Jugendlichen, die ursprünglich eine selbständige Organisation hatten, verstand er für die Partei zu gewinnen.

Eberts Kriegspolitik war lange heftig umstritten. Als in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 sein Vorstandskollege Hermann Müller aus Paris zurückkehrte mit der niederschmetternden Nachricht, dass die französischen Sozialisten, deprimiert von der Ermordung ihres Führers Jaurès, für den Krieg eintreten und die Regierung unterstützen werden, entschied sich Ebert für die Bewilligung der Kriegskredite. Seine Beweggründe waren, dass eine militärische Niederlage Deutschlands eine Niederlage der deutschen Arbeiterschaft bedeuten würde. Das musste seiner Meinung nach unbedingt verhindert werden. Er hoffte, durch seinen Einfluss einen Frieden der Verständigung, ohne Annexionen, erlangen zu können. Seine Bemühungen bei den Bruderparteien des neutralen Auslandes, dass sie in diesem Sinne ebenfalls tätig sein möchten,

4
Auftrag,

Hochwertigen indessen vollends. Drei seiner vier Söhne liess er in den Krieg ziehen, ohne auch nur einen zu reklamieren. Er wollte keine Sonderprivilegien für sich. Zwei Söhne sind draussen geblieben.

Als nach der militärischen Niederlage Deutschlands Max von Baumbach die Reichskanzlerschaft zu übernehmen, weigerte er sich zunächst, liess sich aber schließlich durch seine Freunde dazu festmachen. Inzwischen tat er auch über sich hinaus. Er wurde ganz Staatsmann. Das Wohl des Volkes stellte er über das der Partei. Die Einberufung der Nationalversammlung war sein nächstes Ziel. Scheidemann, der, dem Drängen der Arbeiter und Soldaten nachgebend, die Republik ausgerufen, nachdem Karl Liebknecht dieselbe Forderung am Schliesslichen vorgenommen hatte, musste den Tadel des Demokraten Ebert einstecken. "Das war unrecht. Über die zukünftige Staatsform wird die Konstituante zu bestimmen haben" und aus dieser Mitteilung Soldaten ihn in aller Öffentlichkeit zwingen wollte, aus ihren Händen die Reichspräsidentenschaft entgegenzunehmen, wehrte er ab: "Darüber hat nur die Nationalversammlung zu entscheiden."

Ebert's historisches Verdienst ist, aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos des Jahres 1918 einen konsolidierten neuen demokratischen Staat mit einer aufblühenden Industrie geschaffen und das Deutsche Reich vor dem drohenden Verfall bewahrt zu haben. Dem Wert dieser Leistung Friedrich Eberts vermögen wir erst heute recht zu schätzen. Damals fand Ebert für sein gigantisches Werk nur bei wenigen Verständnis. Und gerade die Kräfte, die ihm am meisten, ja alles zu verdanken hatten, die der Industrie, waren die ersten, die mit ihren Soldschreibern eine nichtswürdige Hetze gegen den ersten Reichspräsidenten aus dem Volke entfesselten. Ebert hatte ein feines Bürgergefühl. Er schätzte deshalb vor allem die Ehre eines Menschen, und er war immer bereit, jeden vor ehrwürdigen Angriffen zu schützen. Wie lieb er sein Ohr irgendwelchen hinterhältigen Zuträgern. Gegen Intriganten ging er schonungslos vor. Diese einer edlen Gesinnung entspringenden Einstellungen hatte ihm schon früh in der Partei Ansehen und Achtung verschafft. Da es viel mehr musste er unter den Diffamierungen seiner Person leiden. Seine von einem blinden Hass gejegten Feinde wollten ihn durchaus zum Landesverräter stempeln. Aber nicht nur politisch, auch moralisch als Mensch sollte er vernichtet werden. Keine Gemeinheit war seinen Widersachern gemein genug. Im Kampf um seine Rehabilitierung überwand er die heftigsten Schmerzen seiner schleichenden Krankheit. Erst als er buchstäblich zusammengebrochen war, nahm er ärztliche Hilfe in Anspruch. Da war es aber zu spät, auch das Operationsmesser eines Chirurgen hier vermochte sein Leben nicht mehr zu retten. Der Wurmfortsatz des Blinddarms war durchbrochen. Eine Bauchfellentzündung führte den Tod herbei. Er starb am 28. Februar 1925.

Auf dem Bergfriedhof seiner Vaterstadt Heidelberg fand er seine letzte Ruhestätte. Der schlichte Grabstein verkündet den Wahlspruch, nach dem Friedrich Ebert gelebt hat: "Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel." (B/21/102/1/nc)

Mitteilung für die Schriftleitungen

In der kommenden Ausgabe werden wir einen Gedenkartikel zum Geburtstag August Bebel's (22. Februar 1846) veröffentlichen.

(Die Redaktion)

Nachrichten aus Skandinavien

Dänische Besetzung für Deutschland

we. Auf englischen Wunsch hat sich die dänische Regierung jetzt bereit erklärt, baldmöglichst - voraussichtlich zum 1.4. - eine dänische Brigade von 4.000 Mann unter englischen Oberbefehl an der Besetzung Deutschlands teilnehmen zu lassen. Ursprünglich war die Bereitstellung einer ganzen Division von 11.000 Mann vorgesehen. Mit Rücksicht auf die grossen Ausgaben Dänemarks für den unvorhergesehenen langen Aufenthalt der noch 180.000 deutschen Flüchtlinge, ihre Unterbringung, Verpflegung und Bewachung, haben sich die britischen Stellen jedoch mit der neuen Regelung einverstanden erklärt. Die dänische Truppe soll sich zunächst zwei Jahre in Deutschland aufhalten. Sie wird im wesentlichen aus wehrpflichtigen Rekruten bestehen, die alle sechs Monate wechseln. Die Bewaffnung wird von England zur Verfügung gestellt. Für die Ausbildung ausserhalb der Heimat entstehen Dänemark aber auch dann noch zusätzliche Ausgaben von über 20 Millionen dän. Kronen.

Norwegische Abrechnung

k.k. In Norwegen wurden bisher 16 nazistische Kriegsverbrecher deutscher Nationalität zum Tode verurteilt, wie die Zeitung "Arbeiderbladet", Oslo, meldet. Im ganzen wurden in Norwegen Urteile über 32 deutsche Kriegsverbrecher verkündet. Einer von ihnen wurde freigesprochen, die anderen wurden zu langer Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt. Von den 16 Todesurteilen wurden bisher vier vollstreckt. Über das Schicksal der übrigen zwölf zum Tode Verurteilten hat das oberste Gericht noch keine Entscheidung getroffen.

Die Lage in Finnland

we. Zur augenblicklichen Lage in Finnland wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind durch die Belastung mit beträchtlichen Reparationslieferungen an die Sowjetunion und die Lasten des Wiederaufbaues immer noch sehr gross. Die bevorstehende Inkraftsetzung des Friedensvertrages wird zwar auch keine tatsächliche Erleichterung bringen, da die Bedingungen gegenüber dem Waffenstillstandsabkommen fast unverändert sind. Jedoch sieht man einen wesentlichen psychologischen Vorteil in der Tatsache, dass die Wirtschaft nun eine feste Basis hat, von der aus sie auf längere Sicht planen kann. Deshalb hofft man, im Herbst dieses Jahres das schlimmste Überstehen zu haben. Besonders kritisch ist immer noch die Getreidelage. Von dem Jahresdefizit von 300.000 t Brotgetreide - d.h. fast 85 kg je Kopf der Bevölkerung - für 1947 hat die Sowjetunion zwar ein Drittel zu liefern versprochen, der Rest aber ist ungedeckt. Im übrigen betragen die augenblicklichen Rationen: monatlich 250 g Butter und 250 g Margarine, 500 g Zucker für Nichtraucher (250 für Raucher!), sowie täglich für Erwachsene 0,15 l, für Kinder 0,6 l Milch. - Von besonderer Bedeutung hat sich während der ganzen Krisenjahre für Finnland die humanitäre Hilfe Schwedens erwiesen. Vor allem der finnischen Kinder hat sich das westliche Bruderland angeschlossen. Durch die 1941 ins Leben gerufene Patenschaftshilfe sind bisher insgesamt 100.000 finnische Kinder zu monatelangen Aufenthalt in schwedische Familien, Krankenhäuser und Sanatorien vermittelt worden. Z.Zt. befinden sich noch 10.000 finnische Kinder in Schweden, die aber im Laufe des Jahres endgültig heimreisen sollen.

wird Amerika militarisiert?

St. New York, Anfang Februar

Mit Titeln ist man hierzulande immer noch sparsam. George C. Marshall, der den grössten Krieg aller Zeiten gewonnen hat, heisst noch immer General und nicht Generalfeldmarschall, und, zum höchsten Beamten des Landes ernannt, führt er nicht den Titel eines Reichskanzlers, sondern den viel bescheideneren eines Staatssekretärs. Als Deutsche machen wir uns jedoch die klarste Vorstellung von diesem wichtigen Ereignis, wenn wir sagen, dass der siegreiche Feldmarschall des grössten Krieges jetzt der Reichskanzler eines grossen, mächtigen Landes geworden ist.

Dass einem solchen Manne eine Welle der Begeisterung und des Vertrauens bei der Übernahme seines neuen Amtes entgegen schlägt, ist ganz selbstverständlich und kann gar nicht anders sein. Das ist in allen Ländern zu allen Zeiten so gewesen und wird immer so sein, so lange es Kriege gibt.

Interessanter als diese Selbstverständlichkeit ist eine noch laise Unterströmung der Kritik, die sich in manchen nachdenklichen Zeitungsartikeln bemerkbar macht. Sie richtet sich nicht gegen die Person des Ernannten, der von allen Seiten die grösste Achtung entgegengebracht wird, wohl aber gegen die zunehmende Besetzung wichtiger politischer Posten mit Militärs, die mit Marshalls Ernennung eher ihre Krönung als ihren Anfang gefunden hat. Man bezweifelt nicht die Fähigkeit der Ernannten für ihre Ämter, aber man fragt besorgt, warum unter dem Zivilpersonal der amerikanischen Politik so wenig brauchbare Leute zu finden sind, dass man immer wieder auf Offiziere zurückgreifen muss. Zu dieser Frage gesellt sich dann die Sorge, ob Männer, die gewohnt sind zu befehlen und zu gehorchen - nicht zu kritisieren und zu diskutieren - nicht der Führung des Landes immer ganz neuen, ungewohnten Charakter geben könnten.

Für solche, immer noch veranzelte Stimmen aus dem Hintergrund ist man als Europäer besonders feindselig. Welcher Deutsche oder Franzose würde sich nicht bei dieser Gelegenheit erinnern, welche helle alte Kriegsgeneräle in der Geschichte seines Landes gespielt haben? Wenn wir lesen, dass bei der Vorschau auf die Präsidentenwahl von 1948 immer wieder die Namen Eisenhower, McArthur und allerdings natürlich besonders oft Marshall genannt werden, steigen in uns Erinnerungen auf und fühlen wir uns zu Vergleichen gezwungen.

Solche Vergleiche können uns leicht irre führen. Denn die Amerikaner sind zwar Menschen wie andere auch, aber sonst ist hierzulande sehr vieles ganz anders als auf der anderen Seite des Ozeans. Amerika kann sich bei seiner geographischen Lage und seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln manches leisten, was für einen europäischen Staat lebensgefährlich wäre. Politische Fehler haben hier weniger schwerwiegende Folgen als drüben. Zweitens aber sind die Amerikaner ihrer ganzen Tradition nach ein unimilitarisches, um nicht zu sagen, antimilitarisches Volk. Wie in alten prähistorischen Zeiten ein strammer Soldat steckt, so steckt hier in jedem Zivilisten ein unverbesserlicher Zivilist. Noch bei Beginn des zweiten Weltkrieges war im Strassenbild amerikanischer Städte eine Uniform eine wenig beachtete und wenig geschätzte Seltenheit. Die schlappen Jungen, die sich zur Nachtzeit in den Vergnügungszentren des Broadway hängten, drückten, konnten von der Schlagkraft der Arme keine Übertriebenheit vorstellen, und es lässt sich gar nicht ausdenken, was für ein Donnerwetter über solchen einen Unglücklichen sich entladen hätte, wenn er einen deutschen Feldwebel unter die Augen gekommen wäre. Hier

jedoch nahm man das alles nicht so genau. Bald darauf haben sportliche Vorbereitung, Technik und generalstabemässiges Denken die ungeheure militärische Leistung zustande gebracht.

Nun darf man **Carens**, dass die Amerikaner eine unimilitärische Nation waren und das vermutlich noch sind, nicht schliessen, dass sie nicht sehr militärisch und sogar militaristisch werden könnten. Volkscharaktere sind veränderlich. Mit Sicherheit kann man nur sagen, dass die amerikanische Demokratie zum Militärstaat noch einen sehr weiten Weg zurückzulegen hat. Auch der General als Führer der amerikanischen Politik wird daran nichts ändern. Was aber die aussenpolitik und besonders die Politik gegenüber Deutschland betrifft, so ist eine plötzliche Wendung schon deshalb unwahrscheinlich, weil es nicht der Staatssekretär allein ist, der scheidet. Wichtige Faktoren sind auch die Volkmeinung, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, und vor allem der Senat. Hier aber war die Zufriedenheit mit der scheidenden Staatssekretär **Symes** betriebenen Politik in der letzten Zeit so allgemein, dass dem Nachfolger der Weg, den er zu gehen hat, bis auf weiteres vorgezeichnet ist. (b/10/52/1/he)

Geht Adenlunxen zum Zentrum?

Wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, ist damit zu rechnen, dass sich in der Zeit bis zu den auf den 20. April festgesetzten Wahlen zum Landtag Nordrhein-Westfalen noch einige wichtige Änderungen in personalpolitischer Hinsicht ergeben werden. Eine der wichtigsten wird, so heisst es, die Person des Ministerpräsidenten Dr. Adenlunxen betreffen, der, wie man weiss, bisher keiner Partei als Mitglied angehört hat. Dr. Adenlunxen wurde vielfach der SPD zugerechnet, von anderer Seite wurde sein Standort als erheblich weiter nach links tendierend angegeben. Jetzt verlautet zuverlässig, dass Dr. Adenlunxen sich entschlossen habe, bei den kommenden Wahlen für die Zentrumspartei zu kandidieren. (b/1/1e2/1/he)

Stimme in der Wüste

A. F. Paris Raymond Iron, ein bekannter französischer Journalist und Schriftsteller, nahm dieser Tage in der - politisch unabhängigen - Tageszeitung "Combat" zur Frage des Wiederaufbaus der deutschen Industrie Stellung. Er weist seinen Landsleuten nach, dass dieser Wiederaufbau eine unvermeidliche Notwendigkeit sei, weil Deutschland anders nicht bestehen könne. Selbst wenn man dem deutschen Volke nur einen bescheidenen Lebensstandard zugestehen müsse, es in Zukunft 30% seiner Verpflichtung einführen, gegen 15% vor dem Kriege. Diese Einfuhr könne eben nur durch die Ausfuhr von Industrieprodukten bezahlt werden. Raymond Iron schliesst seinen Artikel in "Combat" mit folgenden Worten: "Auf einem Gebiet, das kleiner ist als Frankreich, auf einem recht armen Boden hat man 70 Millionen Lebewesen zusammengedrängt, ein solches Deutschland muss zwangsläufig eine ziemlich starke Industrie produzieren, oder es ist nicht lebensfähig". (b/15/72/1/he)

Die Kriegsgefangenen in Frankreich

in F. Paris, Anfang Februar - In der zweiten Februarhälfte soll, wie man hier erfährt, die Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich in Gang kommen, die nach dem bekannten amerikanischen Ersuchen bis zum 1. Oktober beendet sein soll. Dabei handelt es sich um die Kriegsgefangenen, die von den USA, Frankreich sozusagen "leihweise" überlassen wurden. Die französische Regierung soll aber die Absicht haben, in Washington eine Fristverlängerung durchzusetzen mit dem Hinweis, dass durch eine zu rasche Abwanderung der Gefangenen die französische Wirtschaft ernsthaft gefährdet werde.

Der französische Plan, jeden Kriegsgefangenen die Wahl zu lassen, in die Heimat zurückzukehren, oder als freier Arbeiter in Frankreich zu bleiben, scheint nicht im Sinne der französischen Absichten durchführbar. Die zuständigen Stellen hatten mit der Möglichkeit gerechnet, dass 15 bis 20 % sich für ein Bleiben erklären würden, Stichproben haben aber nur die Prozentzahl von drei ergeben.

In dem vorgesehenen Rücksendungsplan sollen als erste die Antifaschisten und Ernährer kinderreicher Familien berücksichtigt werden, zuletzt können die in Frankreich am dringendsten benötigten Arbeiter, z. B. in den Bergwerken und in der Landwirtschaft, an die Reihe.

Es ist nicht uninteressant zu wissen, dass gewisse Kreise die Absicht haben sollen, die Gefangenen nachdrücklich auf das ihnen bevorstehende Entnazifizierungsverfahren aufmerksam zu machen, um sie zum Bleiben zu veranlassen. Das würde freilich bedeuten, dass gerade politisch zweifelhafte Elemente in Frankreich blieben, wogegen sich erhebliche politische Widerstände jetzt schon bemerkbar machen. (b/15/72/1/he)

Kriegsgefangene im Unterhaus

Zum ersten Male dürften dieser Tage auch vier junge deutsche Kriegsgefangene einer Sitzung des englischen Unterhauses beiwohnen. Sie hatten Gelegenheit, von der Tribüne aus den feierlichen Einzug des "Speaker" zu beobachten und konnten die einzelnen Debatten genau verfolgen. Außerdem konnten sie mit zahlreichen Parlamentsmitgliedern sprechen, mit Commander Millington, der mit ihnen Erinnerungen an Bombenangriffe auf Deutschland austauschte, und mit R.A. Butler, in dessen Wahlbezirk sich ihr Lager befindet. Am meisten imponierte ihnen die Schlagfertigkeit, mit der Minister Cripps auf die Zwischenrufe antwortete und besonders erstaunt waren sie, dass die Kabinettsmitglieder Fragen auch aus ihren eigenen Reihen zu beantworten hatten. Es handelte sich bei der Begegnung um ein Experiment. Man nimmt aber an, dass es bald wiederholt werden wird. (n/B10/102/1/he)

Russisches Konsulnetz auf dem Balkan

Um seinen Einfluss auch nach dem Abzug seiner Besatzungsgruppen aufrecht erhalten zu können, trägt Russland sich mit dem Plan, ein besonders dichtes Konsulatsnetz in den Balkanländern aufzubauen. Entsprechende Verhandlungen sind bereits mit den Regierungen in Österreich, Ungarn, Rumänien und Bulgarien aufgenommen worden. In Österreich will die Sowjetunion ausser in Wien noch in Linz und Graz besondere Konsulate einrichten, in Ungarn interessieren sie sich vor allem für die Orte Győr, Pétervárad, Szeged, Sopron und das Gebiet um den Plattensee, in Rumänien sind Konsulate in Sibiu, Constanza, Giurgiu, Brasov und Garmen Silva vorgesehen, und in Bulgarien will die Sowjetunion in Warna, Burgas, Plowdiw und Swilengrad an der türkischen Grenze diplomatische Vertretungen einrichten. (a/B10/102/1/he)

Verantwortlich: i.V. Peter Reunan, Hannover.